

Fruchtbare Initiativen, die Absprachen und Loyalität erfordern

Privat-öffentliche Partnerschaft



Jean Martin

Eine der Lehren aus meiner Tätigkeit bei einer Gesundheitsbehörde ist, dass es im Alltag des Gesundheitswesens – und eigentlich überall – gut ist, wenn dem Staat starke private Partner gegenüberstehen. Das heisst nicht, dass sie Gegner sein oder versuchen sollen, vom anderen zu profitieren. Vielmehr bedeutet es, dass sie unter Berücksichtigung der wohlverstandenen Interessen beider Partner unter Nutzung der jeweiligen Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten praxisorientiert kooperieren. In diesem Sinne wurden im Kanton Waadt in einer Initiative zwischen Gesundheitsbehörde und der Société vaudoise de médecine (SVM) die Kräfte gebündelt, und zwar in den fünf Bereichen Ärztedemographie, Nachwuchs und Ausbildung, ärztlicher Notfalldienst, Bedürfnisklausel, Versorgungsnetze. «Wir verfolgen ein gemeinsames Ziel, der waadtländischen Bevölkerung ein wirksames und qualitativ hochstehendes Gesundheitssystem zu bieten, indem wir die häufig divergierenden Standpunkte der niedergelassenen Ärzte und der politischen Entscheidungsträger in Einklang bringen», so die Worte des dem Pilotkomitee vorstehenden Professors.

Im Juni 2013 hat der Vorstand der SVM seinen Mitgliedern die Verlängerung der ersten Vereinbarung einer privat-öffentlichen Partnerschaft vom Juli 2010 zur Abstimmung vorgelegt und wie folgt argumentiert: «Die privat-öffentliche Partnerschaft bietet uns eine einzigartige Plattform, auf der wir Entscheidungsträgern unmittelbar die Positionen der SVM vortragen können. (...) die Sorge des Verlusts unserer Unabhängigkeit hat sich als unbegründet erwiesen. Dank des politischen Charakters der Vereinbarung kann sich die SVM Gehör verschaffen und sich als ebenbürtiger Partner behaupten. Unsere Bilanz ist sehr positiv.» Mit den Stimmzetteln erhielten die Mitglieder einen Bericht über die privat-öffentliche Partnerschaft [1] sowie die Maiausgabe des *Courrier médical vaudois* [2].

Der Kommentar des Generalsekretariats der SVM: «Es ist leicht zu protestieren oder zu resignieren. Ein proaktiver Gesprächspartner zu werden, kostet ungleich mehr Anstrengungen.» In diesem Prozess hat es «die öffentliche Hand verstanden, sich im Hintergrund zu halten und damit eine partnerschaftliche Beziehung zu ermöglichen. Unser Verband konnte seinerseits nicht mehr nur eigene Interessen vertreten, sondern musste die Herausforderungen der öffentlichen Gesundheit verstehen lernen.» Denn es ist wichtig, dass «die Ärzte die gesellschaftliche Gesundheitsdebatte zu ihrer Sache machen und sie nicht einfach nur ertragen». Überdies wird betont, man bewege sich aus einer Public-Health-

Vision heraus nicht von der medizinischen Ethik weg. Dies unterscheidet das medizinische Handeln von kommerziellen Gesundheitspraktiken.

Als ehemaliger Staatsdiener weiss ich, dass der Staat wichtige Aufgaben wahrzunehmen hat. Aber der Staat kann nicht alles leisten. Es gibt Aufgaben, die von den privaten Akteuren (*stakeholders*) wesentlich besser erfüllt werden. Also sollte niemand anzweifeln, dass privat-öffentliche – oder öffentlich-privat – Partnerschaften klug und vernünftig sind. In allen Bereichen rücken sie mehr und mehr ins Blickfeld, besonders im Gesundheitswesen. Dies gilt auch für die grossen Institutionen wie die Weltgesundheitsorganisation oder im Hinblick auf die Bereitstellung finanzieller Mittel für Hochschulen.

In einem Umfeld, in dem man sich häufiger bekämpft als den Konsens sucht, setzen solche Initiativen jedoch erhebliche Bemühungen um eine Veränderung des Denkens und Handelns voraus – einen echten Paradigmenwechsel nach den Worten der SVM. Es gilt, das alte Misstrauen zu überwinden und an den Erfolg von Dialog und Verhandlung zu glauben. Bedingung ist selbstverständlich eine Verpflichtung zur Loyalität auf beiden Seiten. Natürlich sind Rückschläge nicht ausgeschlossen. Als man vor 25 Jahren eine Kooperation mit einer privaten Gruppe initiierte, um ein neues technisches Werkzeug einzusetzen, wurde unser Departement von einem unzuverlässigen Partner getäuscht. Fehlverhalten dieser Art sind einer positiven Grundhaltung äusserst abträglich. Es darf nicht sein, dass der Staat als eine Kuh angesehen wird, die man nach Belieben melken kann.

An der geschilderten privat-öffentlichen Initiative sind das kantonale Gesundheitsdepartement und eine Gruppe von Dienstleistern beteiligt. Was wir heute in der Schweiz brauchen, ist ein vergleichbarer Paradigmenwechsel bei einem anderen wichtigen Partner, den Krankenkassen. Seit Einführung des KVG geht es in diesem Bereich zweifellos vornehmlich darum, die Kastanien aus dem Feuer zu holen und dabei den kurzfristig maximalen Profit einer Branche im Auge zu haben, anstatt den Aufbau eines ausgewogenen und gerechten Systems für alle anzustreben. Man hat das Gemeinwohl aus dem Blick verloren – sehr bedauerlich.

Im Kanton Waadt bewegt sich etwas. Es wird interessant sein zu beobachten, wohin der Weg führen wird und wie ähnliche Initiativen bei unseren anderen «getreuen, lieben Eidgenossen» eingeführt und umgesetzt werden.

Jean Martin, Mitglied der Redaktion
und ehemaliger Kantonsarzt

1 Partenariat Privé-Public 2011/2012 – Un pacte pour la relève médicale. Lausanne: Département de la santé et de l'action sociale et Société vaudoise de médecine; April 2013.

2 SVM. Médecins et politique – Une alliance nécessaire pour préparer l'avenir. *Courrier du médecin vaudois*; Mai 2013.

jean.martin[at]saez.ch